

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

18.01.2019

Grenzwerte und Diesel-Fahrverbote

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur 13. Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes beraten. Dabei ging es in der Debatte um Stickstoffdioxid-Grenzwerte und Diesel-Fahrverbote.

Die Verbesserung der Luftqualität in den Städten ist ein zentrales umweltpolitisches Ziel und es ist bereits gelungen, die Stickoxidbelastung von 1990 bis 2016 um rund 60 Prozent zu senken. Natürlich müssen die europäischen Grenzwerte eingehalten und überall erreicht werden. Aber Fahrverbote, wie sie jetzt umgesetzt werden sollen, sind ein erheblicher Eingriff in das Leben und die Wirtschaft des Landes. Bürger, Handwerker und Mittelständler müssten mobil bleiben. Davon hängen Existenzen ab. Deshalb wird das Immissionsschutzgesetz jetzt angepasst.

Dazu regelt ein neuer Paragraph 40, Absatz 1a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, dass Verkehrsbeschränkungen und -verbote nur dann verhältnismäßig sind, wenn die Grenzwerte $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft im Jahresmittel überschreiten. Liegt der Wert unter $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft im Jahresmittel sind Fahrverbote künftig in der Regel nicht erforderlich. Der europäische Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft wird mit dem Gesetz nicht geändert. Aber es werden unnötige Härten durch Fahrverbote für Bürger und Unternehmen vermeiden.

Hintergrund dieser Regelung ist, dass die Bundesregierung mit dem Sofortprogramm "Saubere Luft" mit Mitteln im Umfang von 1,5 Milliarden Euro eine Vielzahl von Möglichkeiten für die Kommunen geschaffen hat, die Grenzwerte auch ohne Fahrver-

bote schnell zu erreichen. Dazu gehören beispielsweise die Elektrifizierung des urbanen Wirtschaftsverkehrs, das Nachrüstung von Diesel-Bussen im ÖPNV mit Abgasnachbehandlungssystemen, die Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme, die Elektrifizierung von Taxis, Mietwagen und Carsharing-Fahrzeugen oder die Elektrifizierung von Busflotten im ÖPNV. Die Kommunen sollten jetzt, soweit erforderlich, schnell ihre Luftreinhaltepläne aktualisieren und Konzepte erarbeiten, wie mit konkreten Maßnahmen aus dem Programm Fortschritte bei der Reduzierung der Stickoxidemissionen erreicht werden können.

Der Gesetzentwurf stellt außerdem klar, dass aus Gründen der Verhältnismäßigkeit insbesondere Fahrzeuge mit geringen Stickstoffdioxidemissionen (Euro 4- und Euro 5-Fahrzeuge, die im realen Fahrbetrieb nur geringe Stickstoffdioxidemissionen von weniger als 270 Milligramm Stickoxide pro Kilometer ausstoßen, sowie Euro 6-Fahrzeuge) von Verkehrsbeschränkungen und -verboten ausgenommen sind. Hiermit wird auch die erforderliche Rechtssicherheit vor Verkehrsbeschränkungen und -verboten für Fahrzeuge mit einer geeigneten Hardware-Nachrüstung geschaffen.

Der Gesetzentwurf liegt derzeit zur Beurteilung bei der Europäischen Kommission. Mit der ersten Lesung in dieser Woche beginnen wir nun parallel die parlamentarischen Beratungen.

Unser Ziel ist es, das Gesetz möglichst schnell im Deutschen Bundestag zu verabschieden, um Fahrverbote für Bürger, Handwerk und Mittelstand in Kommunen zu vermeiden.

Brexit-Übergangsplanung

Der Bundestag befasste sich am Donnerstag mit dem [Brexit-Übergangsgesetz](#), der den geplanten EU-Austritt Großbritanniens vorbereiten soll. Darin geht es um [Regelungen](#) für einen Übergangszeitraum nach dem [geplanten Austritt](#) Ende März 2019. Hauptziel des Gesetzentwurfs ist es eine übergangsweise Rechtsklarheit herzustellen, was die Mitgliedschaft in der Europäischen Atomgemeinschaft und in der Europäischen Union betrifft. Die Bundesregierung hält auf ihren Webseiten Informationen bereit, die für die individuelle Vorbereitung hilfreich sein können. Hier eine Auswahl:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/brexit>, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aus-senpolitik/europa/brexitvorbereitungenbundesregierung/2153016>, <https://uk.diplo.de/uk-de/02/faq-informationsbrexit/610518>, www.bundesfinanzministerium.de/brexit, <https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/kurzmeldungen/DE/2018/12/brexit.html>, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Europa/brexit.html>, <https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Zoelle/Brexit/brexit.html>, <https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/Texte/Brexit.html>, <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Mobilitaet/Brexit/brexit.htm>, https://www.reach-clp-biozid-helpdesk.de/de/Aktuelles/Aktueller-Monat_04_REACH_Brexitseite%20ECHA.html, <https://www.bmbf.de/de/grossbritannien-292.html>, <https://www.bafög.de/de/617.php>

Auch Wirtschaftsverbände stellen Informationsangebote bereit:

<https://bdi.eu/themenfelder/europa/#/publikation/news/der-brexit-kommt-was-ist-zu-tun>, <https://www.ihk.de/brexitcheck>, <http://www.brexit-kompodium.de/de>

Die Europäische Kommission hat sich ebenfalls vorbereitet und eine Webseite für den Austritt („[Brexit Preparedness](#)“) eingerichtet. Dort sind alle Mitteilungen der Kommission inkl. der von ihr vorgelegten Rechtsakte wie auch eine Serie von [Merkblättern](#) für Wirtschaftsakteure und Gesellschaft eingestellt.

Gedenkfeier zum Frauenwahlrecht

Mit einer Feierstunde des Bundestags ist an die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren erinnert worden. Politiker der großen Koalition und der Grünen sehen den Bedarf den Frauenanteil im Bundestag gesetzlich zu erhöhen. Denn mit der Bundestagswahl 2017 war der Frauenanteil im Parlament auf 30,7 Prozent gesunken. Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen in der Unionsfraktion, Yvonne Magwas, bezeichnete den aktuellen Frauenanteil im Parlament als „traurig“. Demokratie funktioniere nur, wenn Frauen und Männer gleichermaßen beteiligt seien. „Die Steigerung des Frauenanteils

muss bei der Wahlrechtsreform mitdiskutiert werden“, verlangte sie daher. In der Feierstunde äußerte sich auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) unzufrieden mit dem Frauenanteil. Es gebe bei der Gleichstellung der Geschlechter noch viel zu tun – „der gesunkene Anteil von Frauen in diesem Hause, ihre unterdurchschnittliche Beteiligung in allen Parteien, die viel zu geringe Zahl von Bürgermeisterinnen und Landrätinnen erinnern uns daran“. Schäuble forderte auch eine gerechtere Verteilung der Familienarbeit. Es sei eine wohl umgängliche Erkenntnis, „dass wir die für unsere Gesellschaft unverzichtbaren Tätigkeiten, die auch heute noch ganz überwiegend Frauen unbezahlt verrichten, anders aufteilen müssen: Kindererziehung, Hausarbeit, Pflege“, sagte er. (AFP)

Positive Entwicklung bei Organspenden

Erstmals seit dem Jahr 2010 haben sich die Zahlen zu den Organspenden in

Deutschland wieder deutlich positiv entwickelt.

Bundesweit haben 955 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe für schwerkranke Patienten gespendet. Das entspricht 11,5 Spendern pro eine Million Einwohner, was im Vergleich zum Vorjahr (797 Spender) einer Steigerung von knapp 20 % gleichkommt. Von diesen Spendern konnten 3.113 Organe durch die internationale Vermittlungsstelle Eurotransplant erfolgreich an Patienten auf den Wartelisten vermittelt werden, darunter 1.607 Nieren, 295 Herzen, 779 Lebern, 338 Lungen und 91 Bauchspeicheldrüsen. Jeder Spender hat somit im Durchschnitt drei schwerkranken Patienten eine neue Lebenschance geschenkt. Gleichzeitig konnten 3.264 Organe verstorbener Spender in deutschen Kliniken transplantiert werden. Aktuell stehen in Deutschland rund 9.400 Patienten auf den Wartelisten. (Deutsche Stiftung Organtransplantation)



Zitat

„Bitte, bitte, bitte, sagt uns endlich, was ihr erreichen wollt.“ (Der CSU-Europapolitiker und Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, am Mittwoch im Europaparlament an die Adresse des britischen Parlaments im Brexit-Streit. dpa)